

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Dr. Rainer Barzel, erklärte heute in Bonn
vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

- I. Die CDU/CSU hat Bundeskanzler Brandt und seiner Regierung immer wieder Gemeinsamkeit bei Vorbereitung und Durchführung der Behandlung aller internationalen Fragen angeboten. Dieses Angebot beruhte auf der Überzeugung, dass eines der wesentlichen, ja vitalen Fundamente deutscher Aussenpolitik, vor allem aber der Deutschlandpolitik, weiterhin ihre Kontinuität sein muss. Unser Angebot beruhte auf einer Praxis der gemeinsamen Verantwortung, wie sie in gemeinsamen Auffassungen, Beschlüssen und Erklärungen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zwanzig Jahre lang ihren Ausdruck gefunden hatte. Diese Gemeinsamkeit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die innere und äussere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die gegenwärtige Bundesregierung hat von allem Anfang mit der Erfüllung der sowjetischen Zweistaaten-Forderung die gemeinsame Basis in der Deutschland- und Ostpolitik verlassen und später alle Angebote auf Gemeinsamkeit durch ihr Verhalten abgelehnt. Die CDU/CSU fordert die Wiederherstellung der Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte für die Bewältigung der grossen nationalen und internationalen Lebensfragen. Wer wollte bestreiten, dass die Lage Deutschlands besser wäre als sie es heute ist, wenn die Einigkeit erhalten geblieben wäre.

- II. Deutsche Friedenspolitik ist von den Regierungen der Bundeskanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger als Europapolitik im Bündnis verwirklicht worden. Ihr Ergebnis ist ein konkretes Stück europäischer Friedensordnung. Deutsche Politik wird deshalb auch nach einer Ablösung der Regierung Brandt Friedenspolitik sein. Unsere Nachbarn wissen, woran sie mit uns sind: Wir stehen fest im atlantischen Bündnis und treten

für eine Politik der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Integration des freien Europa ein. Wir wollen ein Europa, das mit einer Stimme spricht und eine europäische Ordnung, die es allen Völkern ermöglicht, in Freiheit so zu leben, wie sie es selbst wollen. Die Bemühung um Ausgleich und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn ist Bestandteil unserer Politik. Die mangelnde Wahrnehmung der eigenen Interessen und die Vernachlässigung von rechtsstaatlich-freiheitlichen Überzeugungen und von nationalen Pflichten, die uns auch verfassungsmässig auferlegt sind, schafft jedoch keinen Ausgleich, sondern lädt zu künftigem Unfrieden ein.

- III. Jeder kann die CDU/CSU an das erinnern, was sie in ihrer Regierungszeit und als Opposition verantwortlich gesagt hat. Das gilt für alles, was wir im Hinblick auf unsere Haltung zum Bündnis und zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft unseren Freunden im Westen gesagt haben. Wir wollen auch in Zukunft gemeinsam mit ihnen alle Anstrengungen unternehmen, jene Entspannung zu fördern, die die Ursachen der Spannung wirklich, das heisst nicht zum Schein, mindert und schliesslich beseitigt. Wir wollen zu einer Friedensordnung gelangen, in der die wesentlichen Interessen und Überzeugungen der europäischen Völker berücksichtigt werden. Aber auch die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Staaten können uns beim Wort nehmen; das gilt auch für unsere innerdeutschen Partner, nämlich die Verantwortlichen der DDR. Wir wollen mit ihnen zu Regelungen gelangen, die unserem Volk, solange die Spaltung nicht überwunden werden kann, das Leben erträglicher machen und die die Gewähr geben, dass von Deutschland keine Ursachen für Spannung und Unfrieden mehr ausgehen werden.
- IV. Angesichts der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, sieht sich die CDU/CSU gegenüber unserem Volk verpflichtet alles zu tun, um die Solidität der politischen Entwicklung in Deutschland zu gewährleisten. Das Vertrauen in die demo-

kratischen Institutionen unseres Staates darf nicht enttäuscht werden. Die Wahrung des Rechtes und der inneren Sicherheit sowie die Sicherung der sozialen Marktwirtschaft und die Wiederherstellung der Voraussetzungen für verantwortungsvolle zukunftsweisende Reformen stehen als Aufgaben vor uns. Dies verlangt von uns allen Anstrengungen, Selbstbescheidung und Opfer. Sind wir dazu bereit, so wird es uns gelingen, die verhängnisvolle Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahre zu wenden.

-.--.-.-.-